

stadtrotinfo ^{PDS}



PDS-Offene Liste für den Rat komplett
Insgesamt hat die Liste 17 Plätze, 4 Kandidaten sind parteilos. Wahlprogramm wird diese Woche verabschiedet

Seite 2

Aus Ausschüssen und Bezirksvertretungen

Innenstadt-Markt erneut Thema

Seite 3



Weiter Protest gegen A 52 n
Knapp 100 Leute protestierten am letzten Samstag

Seite 4

Böses Eigentor beim Messe-Leasing?

Bei nachgewiesenem Vertragsverstoß

droht hoher Schadensersatz

Die Verwaltung beschwichtigt bei Nachfragen. Trotzdem sieht mancher Verantwortliche hinter den Kulissen Schadensersatzforderungen in dreistelliger Millionen-Höhe auf die Stadt zukommen. Es geht um das US-Leasing-Geschäft mit der Essener Messe, das vor drei Jahren von CDU, FDP und SPD beschlossen wurde.

Für den Bau des Hundertwasser-Hauses am Rande des Gruga-Parkes und der Messe wurde das Messe-Gelände neu vermessen und parzelliert. Darüber ist der US-Investor jedoch nicht informiert worden. Da er nach US-Recht der Eigentümer ist, hätte dies jedoch geschehen müssen.

„Bis zu 200 Mio. Euro Schadensersatz?“ fragte die NRZ am Dienstag letzter Woche. Sie berichtete von einer Sitzung bei der Messe, bei der sich alle Beteiligten einig waren, dass die versäumte Benachrichtigung als Vertragsverstoß ausgelegt werden kann. Bei der Sitzung war auch ein Vertreter der Wirtschaftsberatung Due Finance anwesend, die in insgesamt 36 Cross-Border-Leasing-Geschäfte einbezogen war und vor der Gefahr eines „pauschalierten Schadensersatzes“ warnt. Er kann bis zum Fünf- bis Zehnfachen des Barwertvorteils der Stadt betragen.

Da der Messe-Deal für die Stadt 21 Mio. Euro brachte, wären das 100 bis 200 Mio. Euro. Dementiert wurde der NRZ-Bericht bisher weder von der Messe noch von der Stadtspitze.

US-Gesetzentwürfe gegen Schein-Leasing

Tatsächlich könnten US-Investoren ein gehöriges Interesse an Schadensersatzforderungen entwickeln. Nach dem US-Senat hat vor kurzem nämlich auch das US-Repräsentantenhaus für ein Verbot von Cross-Border-Leasing-Verträgen gestimmt. Damit haben beide Häuser des Parlamentes

die Notbremse gezogen, nachdem auch die US-Notenbank davor gewarnt hatte, dass es sich bei Cross-Border-Leasing um Scheingeschäfte handelt. Unklar ist derzeit noch, ob auch

rückwirkend Steuervorteile einkassiert werden können.

Ist dies der Fall, werden die US-Bank- und Finanzkonsortien reihenweise versuchen, ihre Steuerspekulationsprofite anderweitig zu realisieren, z.B. durch den Nachweis von Vertragsverstößen.

Auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young warnte deshalb vor kurzem, die Kommunen müssten sich ihre Verträge „genau ansehen.“ Der Düsseldorfer Landesrechnungshof gab zu bedenken, dass die zahlreichen Einzelverträge

der US-Leasing-Deals grundsätzlich nicht auf Deutsch abgefasst seien und das Vertragswerk ausländischem Recht unterliege. Auch deshalb bestehe gerade für die deutsche Seite „die Gefahr, Fallstricke des Geschäfts zu übersehen.“ Darauf hat die PDS wiederholt hingewiesen – und wurde als Störenfried behandelt.

Jetzt will manch einer das sinkende Schiff verlassen. Ernest & Young ist bisher nämlich nicht gerade als Gegner der Cross-Border-Leasing-Geschäfte bekannt geworden, ebenso wenig wie die Landesregierung oder die Regierungspräsidenten.

Nach der PDS-Ratsgruppe, die bereits im letzten Jahr eine Stellungnahme der Verwaltung forderte, will nun die Essener SPD in einem Antrag für die nächste Ratsitzung eine Überprüfung der Verträge. Attac geht einen Schritt weiter und will die Offenlegung aller Verträge. Das ist richtig, denn von den Folgen eines Finanz-Desasters betroffen wären nicht zu letzt die Einwohner der Stadt. Und da kann mehr Transparenz nicht schaden.

Wolfgang Freye

Mehr Ausbildung im „Konzern“ Stadt!

Die Stadt Essen und die städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen ebenso wie der Bund ihre Ausbildungsplätze um 20 % erhöhen. Einen entsprechenden Antrag hat die PDS-Ratsgruppe für die nächste Ratssitzung gestellt. Damit soll die Stadt Essen ihren Beitrag zum Abbau des Ausbildungsplatzmangels leisten.

Nach dem aktuellen Bericht des Arbeitsamtes suchten Ende Mai in Essen noch 1.549 Jugendliche eine Ausbildungsstelle, es waren aber nur 549 freie Stellen vorhanden. Trotz Ausbildungspakt bieten Betriebe und Verwaltungen 6 % weniger Ausbildungsstellen an, als im Vorjahreszeitraum.

Angesichts dieser dramatischen Zahlen kann sich niemand dem Ausbildungspakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft entziehen, so schlapp dieser Pakt

auch ist. Die Stadt Essen ist hier ebenso in der Pflicht wie die örtliche Wirtschaft und sollte mit gutem Beispiel voran gehen.

Ein gutes Beispiel ist dringend nötig. Angesichts der Lehrstellenlücke ist die Ankündigung der IHK, 220 bis 250 neue Ausbildungsplätze im Kammerbezirk zu schaffen, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zum Kammerbezirk gehört nämlich nicht nur Essen, sondern auch die Städte Oberhausen und Mülheim. Eine Handhabe, die Unternehmen zur Nach-

besserung ihres unzureichenden Angebotes zu bewegen, fehlt. Das ist die fatale Folge des Verzichtes der rot-grünen Bundesregierung auf die gesetzliche Regelung einer Ausbildungsumlage für alle Betriebe, die weniger als 7 % ausbilden. Das Nachsehen haben die Jugendlichen.

Städtische Ausbildungsquote bei 3,6 %

Auch um die Ausbildungsquote der Stadt ist es schlecht bestellt. Sie lag Ende 2003 bei 3,6 % und damit weit unterhalb der angepeilten 7 %. Nach Berechnungen der Verwaltung müßte sie 232 Ausbildungsplätze mehr anbieten, um die vom Bund angestrebte

7 %-Quote zu erfüllen. Eine Steigerung der zum 31.12.2003 350 Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung um 20 % bedeutet gerade 70 zusätzliche Ausbildungsplätze und wäre damit nicht mehr als ein erster Schritt.

Die PDS-Ratsgruppe will von der Verwaltung ein Konzept, wie mittelfristig die Ausbildungsquote auf 7 % erhöht werden kann. Zusätzlich soll die Stadtverwaltung darlegen, wie der Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, der Anteil der Auszubildenden mit Behinderungen sowie die Frauenquote im gewerblich-technischen Bereich gesteigert werden können.

Gabriele Giesecke

PDS-Offene Liste für den Rat komplett

Wahlprogramm wird diese Woche verabschiedet

Einstimmig hat die Mitgliederversammlung der PDS Essen am 30.6.2004 Ratsfrau Gabriele Giesecke zur Spitzenkandidatin der Reserveliste für den Rat gewählt. Auf den nächsten Plätzen folgen Markus Renner, Cornelia Seltmann und Wolfgang Freye. Insgesamt hat die Liste 17 Plätze, 4 Kandidaten sind parteilos. Dazu gehört auch Günter Wolf, Sekretär der Gewerkschaft ver.di in Gelsenkirchen, der auf Platz 6 kandidiert.

„Mit der Liste sind wir gut aufgestellt“, heißt es in einer Pressemitteilung des PDS-Kreisverbandes. Zwar ist es nicht gelungen, für einen der ersten, sicheren Plätze einen parteilosen Kandidaten zu finden, was der PDS-Kreisvorstand versucht hat. Trotzdem ist die Liste eine bunte Mischung aus Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der PDS, die in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen tätig sind, in den Gewerkschaften, im Essener Friedensforum, bei Pro Asyl/Flüchtlingsrat, im Kurdischen Frauenverband oder der Bürgerinitiative Essen-West. Bei einer Pressekonferenz bekräftigten die vier ersten Kandidat/innen das Ziel, als Fraktion in den Rat einzuziehen. Das Europawahlergebnis, nach dem



Gabriele Giesecke, Wolfgang Freye und Cornelia Seltmann bei der Aktion gegen den Weiterbau der A 52 am letzten Samstag. Markus Renner, Kandidat für Platz 2, musste fürs Examen büffeln ...

die PDS Offene Liste drei Ratsmandate hätte, ist eine gute Ausgangsbasis dafür. Im Wahlkampf will die PDS Offene

Liste deutlich machen, dass jede Stimme für die PDS eine Stimme gegen den sozialen Kahlschlag ist, dass es aber auch konkrete

Alternativen gibt. Das Wahlprogramm hat den Arbeitstitel: „Soziale Gerechtigkeit ist nicht privatisierbar. Für eine soziale und solidarische Stadt Essen“. Es liegt im Entwurf seit Ende April vor, umfasst 15 Druckseiten A 4 und soll in dieser Woche endgültig verabschiedet werden.

Die PDS hat inzwischen für alle 41 Direktwahlkreise und für die Bezirksvertretungen I, II und III Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Sie wird auch zu den anderen Bezirksvertretungen antreten, außer in den Bezirken V und VI. Dort unterstützt die PDS die Bürgerliste Nord, um linke Konkurrenz zu vermeiden. Mit der Bürgerliste gab es schon in den letzten Jahren Kooperation, die beide Seiten fortsetzen wollen.

Ratsfrau Gabriele Giesecke bedankte sich bei der Pressekonferenz ausdrücklich bei Hans-Joachim Stahl für die gute Zusammenarbeit. Hans-Joachim Stahl war in der laufenden Ratsperiode mit ihr zusammen für die PDS Offene Liste im Rat. Er hat schon vor längerem mitgeteilt, dass er nicht wieder kandidieren, die PDS Offene Liste aber im Schulausschuss weiter vertreten will. (wof)

Gute Chancen auch in den Bezirken

Bereits Mitte Juni hat die PDS die Kandidaten/innen für die Bezirksvertretungen aufgestellt, in denen sie seit der Kommunalwahl 2004 vertreten ist. Die PDS rechnet sich gute Chancen dafür aus, in allen drei Bezirken wieder ein Mandat zu erreichen. Sie konnte ihren Stimmenanteil bei den Europawahlen im Bezirk I auf 3,7 %, im Bezirk II auf 2,4 % und im Bezirk III auf 3,4 % steigern. Im Stadtkern lag sie sogar bei 5,9 %.

Auf den Listen für die Bezirksvertretungen kandidieren:

Bezirksvertretung I:

1. Frank Tiedemann
2. Sabiha Erbas
3. Ralf Kniffka

Bezirksvertretung II:

1. Cornelia Seltmann
2. Patrick Kowertz
3. Michael Steinmann

Bezirksvertretung III:

1. Wolfgang Freye
2. Gabriele Giesecke
3. Volkmar Herpertz
4. Birgit Lüdtke-Jordan

PDS-Reserveliste für den Rat

1.	Giesecke, Gabriele	50 Jahre	Arbeitsvermittlerin, Ratsfrau
2.	Renner, Markus	32 Jahre	Student
3.	Seltmann, Cornelia	40 Jahre	Med. Dokumentationsangestellte
4.	Freye, Wolfgang	49 Jahre	Werkzeugmacher, Betriebsrat
5.	Erbas, Sabiha	55 Jahre	Sozialarbeiterin
6.	Wolf, Günter	48 Jahre	Gewerkschaftssekretär, parteilos
7.	Lüdtke-Jordan, Birgit	43 Jahre	Arzthelferin
8.	Pfeiffer, Jan-Paul	23 Jahre	Student, parteilos
9.	Kaplan, Ayten	34 Jahre	Einzelhandelskauffrau
10.	Finkeldey, Jörg	39 Jahre	Dipl.-Ing. Landespflege
11.	Huhn, Gudrun	45 Jahre	Angestellte
12.	Tiedemann, Frank	43 Jahre	Verwaltungsangestellter
13.	Warschun, Christel	47 Jahre	Einzelhandelskauffrau
14.	Herpertz, Volkmar	45 Jahre	Marketing-Fachmann, parteilos
15.	Kowertz, Patrick	27 Jahre	Krankenpflegehelfer
16.	Kniffka, Ralph	43 Jahre	Dipl.-Heilpädagoge, parteilos
17.	Seemann, Till	20 Jahre	Schüler



Kaiserparkfest der Bürgerliste Nord

17./18. Juli 2004.

Samstag von 10:00–22:00 Uhr
Sonntag von 10:00–17:00 Uhr
 Musik von 2 Bühnen · Fanfarenzug · Danny Bach · Dubble Trust · Sketch & Kabarett · Jane · Jet Set · ACDay · Kinderfest Hüpfburg · Kinderolympiade (Samstag) · Emschertalbahn · Schminkwerkstatt & Malstraße · Tombola mit attraktiven Gewinnen · Flohmarkt für Jedermann
 2,50 € für beide Tage, Kinder frei

Aus Ausschüssen und Bezirksvertretungen

Ordnungsausschuss Innenstadt-Markt erneut Thema

„Dann haben wir eben die 26. oder 27. Klappe zum Thema“, so kommentierte der aus dem Rat ausscheidende Ordnungsausschuss-Vorsitzende Werner Dieker (SPD) in Anlehnung an die Filmsprache einen Antrag der PDS zur Berichterstattung über die Entwicklung des Marktes in den einviertel Jahren, die er existiert. Der Antrag wurde vom Ausschuss an die Verwaltung verwiesen mit der Bitte um Stellungnahmen der Verwaltung, der Essener Entsorgungsbetriebe (EBE), der Essener Marketinggesellschaft (EMG) sowie der Händlerschaft Essen-Mitte e.V. und des Landesverbandes der Schausteller und Markthändler (LSM). Mit dem Antrag auf erneute Berichterstattung hatte die PDS auf die Forderung der HEM reagiert, die sich zum wiederholten Male an alle Ratsparteien wandte und darum bat, allen Händlern die Möglichkeit zu geben, ihre Stände auf der Porschekanzel bzw. der Straße Markt aufzustellen. Der LSM drängt auf eine zeitliche Erweiterung des Marktes zumindest auf samstags. Die PDS unterstützt diese Anliegen.

Festzuhalten ist, dass der Markt weiterbesteht. Das ist mehr, als manche Ausschussmitglieder zu Beginn erwartet haben. Deshalb scheint die Akzeptanz des Marktes zu wachsen, der für viele Innenstadt-Bewohner inzwischen ein Anlaufpunkt ist. Allerdings sind etliche der ursprünglich 16 Händler abgesprungen. Auf dem Flachmarkt, wo die meisten Händler zunächst standen, ist zu wenig Publikumsverkehr. Wenn man nicht will, dass nur die Stände am oberen Ende des Marktes, an der Porschekanzel überleben, muss etwas zur weiteren Etablierung des Marktes getan werden.

(wof)

Bezirksvertretung III Merkwürdiges zu Flüsterasphalt

Die Erfahrungen mit dem auf der A 40 aufgetragenen Flüsterasphalt waren ein Thema in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung III Essen-West. Einigermmaßen zufrieden mit den Aussagen der Verwaltung war jedoch nur CDU-Fraktionssprecher Liebeskind. Denn in der Stellungnahme heißt es zwar, dass der Flüsterasphalt die Fahrgeräusche bei 100 km/h ca. 5 – 6 dB (A) verringert – was

subjektiv eine sehr deutliche Verringerung des Lärmpegels ist. Andererseits soll der Asphalt jedoch durch Großporigkeit schlechtere Haftungseigenschaften haben, so dass sich Bremswege verlängern. Da außerdem die Haltbarkeit des Asphalts nur 8 bis 12 Jahre betrage, sei davon auszugehen, dass auf Flüsterasphalt weitgehend verzichtet wird. Stattdessen sollten billigere, aber auch erheblich weniger wirksame Asphaltmischungen verwendet werden.

Vertreter von SPD, PDS und Grünen gaben sich damit nicht zufrieden. Es war weder bekannt, dass tatsächlich mehr Unfälle auf dem mit Flüsterasphalt versehenen Teilstück der A 40 passierten, noch konnte die Frage beantwortet werden, warum dann noch nicht einmal Warn-Schilder aufgestellt wurden. PDS und der Parteilose Manfred Gunkel forderten eine weitere Geschwindigkeitsbegrenzung, nicht aber den Verzicht auf den Flüsterasphalt, da er ohnehin nur ein magerer Schritt zu mehr Lärmschutz ohne den lange versprochenen Deckel über der A 40 ist.

Wenige Tage später versprach Landesverkehrsminister Horstmann (SPD) auf einer SPD-Veranstaltung zum Thema, weitere Teilstücke der A 40 mit Flüsterasphalt zu versehen. Dies entspricht den Forderungen der Bezirksvertretung. Die Verwaltungsvorlage kann dann wohl in den Papierkorb. (wof)



Bauausschuss Schwieriger Umgang mit Lohndumping

Auf Antrag der PDS waren die zahlreichen Fälle von Lohndumping und Nicht-Zahlung von Löhnen beim Bau des Saalbaus erneut Thema im Bauausschuss. Die Verwaltung und die Ratsmehrheit sahen die Notwendigkeit eher nicht, sich wieder damit zu befassen, zumal die Stadt rechtlich nicht der Bauherr beim Saalbau war, sondern das Objekt von einer Betreibergesellschaft, die den Bau zu verantworten hat, lediglich wieder zurückmietet. Doch genau darum ging es der PDS-Ratsgruppe: Es sollen in Zukunft bei allen denkbaren Rechtsformen, in denen städti-

sche Bauprojekte erstellt werden, klare Sanktionsmöglichkeiten zu Verstößen gegen gesetzliche und tarifliche Regelungen vereinbart werden.

Dass Lohndumping ein Problem ist, leugnete niemand. Sowohl die Verwaltung wie die Ausschussmehrheit sehen die Handlungsmöglichkeiten der Stadt jedoch als erschöpft an. Sie erklärten, dass sowieso bei jeder einzelnen Vergabe geprüft wird, ob der Bewerber in der Vergangenheit auffällig war oder gar auf der „Schwarzen Liste“ steht. Ob die Firmen, die beim Saalbau Verstöße begangen haben, für die Zukunft auf die „Schwarze Liste“ gesetzt wurden, konnte niemand verbindlich beantworten. Ein „Sub“ des Generalunternehmers Wayss & Freitag wurde immerhin vor Abschluss der Arbeiten rausgeworfen.

Beschlossen wurde schließlich sinngemäß: Der Bauausschuss nimmt den Antrag der PDS zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, so zu verfahren, was auch bisher schon der Fall war. Alles klar, oder? (wof)

Hartz IV im Sozialausschuss

Unabhängige Beratung für Arbeitslose!

Einstimmig hat der Rat auf seiner letzten Sitzung die Verwaltung beauftragt, die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Arbeitsamt zur Umsetzung von Hartz IV vorzubereiten. Damit soll sichergestellt werden, dass die vom Bundestag und Bundesrat inzwischen beschlossene Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ab 1.1.2005 nicht zu Zahlungslücken für die rund 18.000 Arbeitslosenhilfe-Empfänger/innen und 38.000 Sozialhilfeberechtigten führt. Immerhin hat sich der Rat, anders als von der Verwaltung gewollt, eine endgültige Zustimmung vorbehalten. Der Sozialausschuss tagt dazu in einer Sondersitzung am 9. September, eventuell findet auch eine Sondersitzung des Rates statt.

In Essen sind allein rund 60.000 Menschen von den Rechtsänderungen durch Hartz IV betroffen. Die meisten müssen mit drastischen Leistungseinschränkungen rechnen. Bis zu 6.500 bisherige Arbeitslosenhilfe-Empfänger werden voraussichtlich gar keine Unterstützung mehr erhalten. Klar ist darüber hinaus, dass Hartz IV zu einem enormen zusätzlichen Beratungsbedarf führt. Allein der

Termine

Mittwoch, 14. Juli
PDS-Mitgliederversammlung zur Wahlkampfplanung.
19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Samstag/Sonntag, 17./18. Juli
Kaiserparkfest der Bürgerliste Nord (mit PDS-Infostand).

Dienstag, 20. Juli
Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.30 Uhr, Pro Asyl, Maxstr. 11
PDS-Kreisvorstand. 19.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Mittwoch, 4. August
PDS-Mitgliederversammlung zur Aufstellung der restlichen Bezirksvertretungskandidat/innen. 20.00 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Samstag, 14. August
Schulung zu kommunalpolitischen Fragen für PDS-Wahlkämpfer/innen. 11.00 Uhr, PDS-Büro

Montag, 6. September
PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Antrag auf Arbeitslosengeld II, der schon ab Mitte Juli verteilt wird, ist 18 Seiten lang. Die gesetzlichen Beratungspflichten sind zudem schwächer gefasst, als in dem zum 31.12.2004 auslaufenden Bundessozialhilfe-Gesetz. Aus diesem Grunde hat die PDS im Sozialausschuss einen Antrag vorgelegt, nach dem die Verwaltung prüfen soll, „... wie eine umfassende und unabhängige Beratung der Leistungsberechtigten über soziale Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern sichergestellt werden kann.“ Der Antrag wurde einvernehmlich an die Verwaltung zur Behandlung überwiesen.

Für die PDS ist dabei klar, dass ein von der Arbeitsgemeinschaft und der Verwaltung unabhängiges Beratungsangebot auch Geld kostet. Zentrale Fragen der Beratung müssten neben der Grundsicherung auch die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, nach denen fast jede noch so schlecht entlohnte Arbeit angenommen werden muss, sowie das Recht auf freie Wohnungswahl sein, das durch die Begrenzung der vom Sozialamt zu übernehmenden Mietkosten für viele eingeschränkt werden wird. (Wolfgang Freye)

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname Straße

.....
Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.

Impressum:

„Stadtrinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen.

Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906,

www.pds-essen-im-rat.de, e-mail: buero@pds-essen-im-rat.de

Weiter Protest gegen A 52 n

Knapp 100 Leute protestierten am letzten Samstag an der Stoppenberger Strasse, direkt an der geplanten Trasse, gegen die Aufnahme der A 52 n in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans.

Die Menschenkette war von der Bürgerinitiative gegen den Weiterbau der A 52 initiiert worden. Die A 52 n würde von der A 46 bei Wuppertal bis zur A 42 eine durchgehende Süd-Nord-Auto-bahnverbindung schaffen, die zusätzlichen Verkehr anziehen würde. Sie würde die nördlichen Stadtteile zerschneiden und zu erheblichen Belastungen für die Einwohner mit Verkehrslärm und Abgasen führen. „Bei der Frage Vorrang für Autos oder für Lebensqualität ist unsere Antwort eindeutig“, hieß es in einer Pres-



semitteilung der PDS Essen, die die Aktion unterstützte. Die Bundestagsabgeordneten Königshofen (CDU) und Bruckmann (SPD) feierten die Aufnahme der A 52 n in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans dagegen in einer Presseerklärung als Erfolg für Essen.

Dabei soll der zum Teil in Trog- und Tunnellage geplante Autobahnbau privat finanziert werden, für die Nutzung des Teilstückes soll später eine Maut erhoben werden. Abgesehen davon, ob das realistisch ist, wäre das eine Privatisierung öffentlichen Raumes.

Geheuchelte Integration?

Nicht nachvollziehbare Querelen um „Bunte Gärten“

Vor einem dreiviertel Jahr wurde der Verein Bunte Gärten Alte Kirchstraße e.V. gegründet. Das Ziel dieses Vereins war es, Schrebergärten zu errichten und eine Fläche dafür zu finden.

Die meisten Mitglieder des Vereins sind türkischer Abstammung und hatten in Gelsenkirchen/ Grenze Essen-Katernberg „wilde“ Schrebergärten. Die müssen sie aber nach einer Verordnung der Stadt Gelsenkirchen bis 2005 räumen, da diese das Land für andere Zwecke verwenden will. Der Verein fand als Partner den Stadtverband Essen der Kleingärtnervereine e.V., der ein Gebiet von der Vitterra kaufte, wo Freifläche für den Verein Bunte Gärten und schon bestehende Schrebergärten vorhanden waren. Diese Fläche wurde vom Stadtverband zur Errichtung von Schrebergärten für den Verein Bunte Gärten freigegeben.

Der Stadtverband wies den Verein an, einen Zaun zu ziehen, das Gelände vom Müll zu reinigen – das Gelände war nicht unerheb-

lich verschmutzt – und bestellte sogar auf eigene Kosten einen Container, in den die Vereinsmitglieder der „bunten Gärten“ den Müll, den sie am Wochenende sammelten, entsorgen konnten. Weiter wurde viel Arbeit in die Aufarbeitung des Geländes gesteckt.

Eine Pressemitteilung im März 2004, die von einem Berater des Wohnbundes NRW verfasst wurde, aber nicht mit dem Verein Bunte Gärten abgestimmt und ohne Kenntnis des Vereins abgegeben wurde, veranlasste den Stadtverband jedoch, das Projekt Bunte Gärten Alte Kirchstraße zu streichen. Als Begründung gab der Stadtverband den Umstand an, dass er in der Pressemitteilung nicht erwähnt wurde (!). Nach internen Aussagen des Stadtverbandes geht es auch um eine angeblich existierende Kleiderordnung des Vereins Bunte Gärten. Eine solche Kleiderordnung existiert nach Aussagen des Vereins allerdings überhaupt nicht.

Der Verein Bunte Gärten kämpft noch immer ohne Erfolg um die Fläche an der Alten Kirchstraße, während der Vorstand des Stadtverbandes Essen der Kleingärtnervereine e.V. in der Öffentlichkeit von Integration und von türkischen Schrebergärten spricht.

Fraglich ist, ob der Verband seine Zusagen überhaupt rückgängig machen kann, denn faktisch ist ein Vertrag zustande gekommen. Ist es wirklich notwendig, hier an die Stadt zu appellieren, eine politische oder gar gerichtliche Entscheidung zu erzwingen?

Traurig ist in jedem Fall, dass ausländischen Mitbürgern, die sich integrieren wollen und hier ihr Zuhause gefunden haben, Steine in den Weg gelegt werden. Der Verein Bunte Gärten Alte Kirchstraße kämpft um Gleichberechtigung, Anerkennung, aber auch um Freunde und Toleranz. Er sammelt zur Zeit Unterschriften für die Forderung nach unverzüglicher Übergabe der zugesagten Flächen zur Pacht. (djk)



Aus dem Rat

Die Einrichtung einer **Freiwilligen-Agentur** zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit nimmt nun konkrete Formen an. Auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 26.3.2003 ist durch den interfraktionellen Arbeitskreis ein Partner gefunden, die Stiftung Fairmetzen, die in Abstimmung mit allen relevanten Akteuren der Stadt ein tragfähiges Konzept für die Freiwilligen Agentur erarbeiten wird. Diese Phase begann am 1. Mai 2004 und wird am 30.4.2005 beendet sein. Das Konzept wird dann dem Rat zur endgültigen Entscheidung über die Einrichtung einer Freiwilligen-Agentur vorgelegt. Das Kind hat auch schon einen Namen, welcher als F.E.E. – Freiwilligen Engagement Essen – firmiert wird.

Ab 1.8.2004 wird es für die VHS Essen eine neue **Entgeltordnung** geben. Für alle bisher entgeltfreien Kurse ab 6 Unterrichtsstunden wird in Zukunft ein Anmeldeentgelt von 10 € erhoben, für Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen sogar 50 €. Die PDS forderte in einem Antrag zumindest für Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Arbeitslosenhilfe sowie von laufender Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine Befreiung von Unterrichtsentgelt und Anmeldegebühr. Diese Befreiung sollte auch für zukünftige Beziehende des Arbeitslosengeldes II gelten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. In die Regelung wurde allerdings als Anreiz aufgenommen, dass bei kontinuierlicher Teilnahme an den Lehrgängen die 50 € Anmeldegebühr erstattet werden können.

H.-J. Schwartz